

Jörg Gleisenstein
Stadtverordneter
Bündnis 90/ Die Grünen

Anfrage an den Oberbürgermeister

Frankfurt (Oder), den 3. Dezember 2009

Thema: Geplante Videoüberwachung in Frankfurt (Oder)

Veranlassung:

Durch Medienberichte ist bekannt geworden, dass die Polizei die Anbringung von Videokameras zur Überwachung des Bereichs Slubicer Straße/ Karl-Marx-Straße plant. Die rechtliche Grundlage hierfür findet sich im Brandenburger Polizeigesetz. Nach dem Polizeigesetz ist der Einsatz von Videoüberwachung an öffentlichen Straßen und Plätzen daran geknüpft, dass es sich um so genannte Kriminalitätsschwerpunkte handelt und an diesen Orten nach Lageerkenntnissen vermehrt Straftaten drohen.

Ich frage den Oberbürgermeister:

1. Ist der Oberbürgermeister oder die Verwaltung bei der Auswahl des Standortes konsultiert worden? Ist dem Oberbürgermeister bekannt, welche Erkenntnisse zur Einschätzung dieses Bereichs als Kriminalitätsschwerpunkt geführt haben?
2. Unterstützt der Oberbürgermeister das Vorhaben, im Bereich der Slubicer Straße Videokameras zur Überwachung des Gebietes anzubringen?
3. Hat der Oberbürgermeister Informationen über die Anzahl der anzubringenden Videokameras, ihren Standort und den Zeitpunkt ihrer Inbetriebnahme? Wenn ja, welche? Wenn nein, warum nicht?
4. Teilt der Oberbürgermeister die Einschätzung, dass durch derartige Überwachungsmaßnahmen die Kriminalität insgesamt sinkt oder wird eher eine Verlagerung der Kriminalität erwartet?
5. Wie beurteilt die Verwaltung die Anbringung von Überwachungskameras im direkten Umfeld des Grenzübergangs, nachdem die Kontrollen durch Bundesgrenzschutz und Zoll nach dem Beitritt Polens zur EU und zum Schengen-Raum weggefallen sind?